

Tagesspiegel,
25.07.2004

Die Geschichte hat Freigang

Ein heikles Thema: Zwangsarbeiter in Berlin. Nun soll in Schöneweide ein Erinnerungsort entstehen.

Von Michael Zajonz

Ein Biotop. Eins von der Sorte, in dem die Zeit rückwärts läuft: leere Fensterhöhlen hinter verwildertem Flieder – Endstation Wachstum. Ein paar Meter weiter haben sich Autowerkstätten, eine Sauna, eine Kindertagesstätte eingerichtet. Die Kegelkneipe „Völkerfreundschaft“ ist eine Oase der DDR-Spaßkultur. Was der Lokalpatriotismus verschweigt: Vor zehn Jahren „entdeckten“ Stadtplaner hier das letzte weitgehend erhaltene NS-Zwangsarbeiterlager in Berlin: im proletarischen Niederschöneweide, zwischen Britzer-, Köllnischer- und Rudower Straße.

Auf dem 3,3 Hektar großen Grundstück stehen noch zwölf der dreizehn Baracken, die ab 1943 im Auftrag von Albert Speer, Hitlers mächtigem Rüstungsminister und Generalbauinspektor, für italienische Kriegsgefangene errichtet worden sind. Völkerfreundschaft. Seit 1995 steht das Areal unter Denkmalschutz. doch erst im Sommer 2001 wurde eine Gedenktafel enthüllt. Bis 2006 soll hier ein zentraler Anlauf- und Informationspunkt zur NS-Zwangsarbeit in Berlin und Brandenburg entstehen.

Die Entwürfe für das Lager 75/76 stammen aus dem Büro von Friedrich Hetzelt, einem Architekten, auf den auch die italienische Botschaft zurückgeht. Hans Freese, der die Pläne gezeichnet hat, wurde nach 1945 Rektor der Technischen Universität. Es steht inmitten preußisch solider, vier- und fünfgeschossiger Arbeiterwohnhäuser. Am gegenüberliegenden Spreeufer erinnern die Industriekathedralen der AEG an Berlins industrielle Vergangenheit. Seit über zehn Jahren stehen auch sie leer.

Dort schufteten etliche der bis zu 500 Insassen: neben Italienern, die an einer Kellerwand Inschriften hinterließen, Belgier, Franzosen, Polen und Russen. Noch Anfang 1945 kamen weibliche Häftlinge eines KZ-Außenlagers dazu. Obwohl ein Arbeitskreis der Berliner Geschichtswerkstatt seit 1994 intensiv über das Lager forscht, konnte bislang kein einziger noch lebender Zeitzeuge, der damals hier festgehalten wurde, ermittelt werden. Zu viele von ihnen sind inzwischen gestorben; schmerzhaft ungenau sind oft die Erinnerungen der Überlebenden.

Im Februar 2001 fiel der einstimmige Beschluss des Abgeordnetenhauses für die Einrichtung einer Dokumentations- und Begegnungsstätte auf dem in Bundesbesitz befindlichen Teil des Grundstücks. Danach tat sich nichts mehr. Erst jetzt zeichnet sich zumindest für drei der sechs leer stehenden Baracken, für die die Oberfinanzdirektion Berlin seit Herbst 2003 Käufer sucht, eine Lösung ab. Am 24. Mai gründete sich unter der Schirmherrschaft Walter Mompers ein Förderverein, ein paar Tage später besichtigten Kultursenator Thomas Flierl und der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses das Lager. Die Eckpunkte von Flierls Konzept sehen vor: Zwei Baracken für Ausstellungs- und Projektarbeit, eine weitere wird Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche bieten. Rund 1,1 Millionen Euro sollen Grundstückserwerb und Sanierung kosten, ab 2006 stünden Betriebskosten von mindestens 360000 Euro bereit. Flierl rechnet mit einem Senatsbeschluss nach der Sommerpause – und mit einer finanziellen Beteiligung des Bundes, etwa über die Stiftung Topographie des Terrors. Deren Vorsitzender Andreas Nachama erklärte sich schon bereit, das Management des Fördervereins zu übernehmen.

So bleibt den ehrenamtlichen Spurensuchern von der Berliner Geschichtswerkstatt, dem Bund der Antifaschisten und dem Verein Kulturlandschaft Dahme-Spreewald genügend Zeit, qualifizierte Ausstellungen und Projekte mit Zeitzeugen

und Jugendlichen vorzubereiten. Der Streit um Friedrich Christian Flicks Kunstsammlung hat es schmerzlich in Erinnerung gerufen: Zwangsarbeit unter dem NS-Regime gehört noch immer zu den unaufgearbeiteten und verdrängten Themen deutscher Geschichts- und Erinnerungspolitik.

Erst Ende der Neunzigerjahre war es zwischen dem American Jewish Committee, der Bundesregierung und Vertretern der Wirtschaft zu konkreten Verhandlungen über die materielle Entschädigung von heute in Osteuropa lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern gekommen. Im August 2000 trat das Bundesgesetz über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ in Kraft: 55 Jahre nach Kriegsende.

Ihr finanzieller Grundstock speiste sich aus der 1999 gegründeten Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Der waren Berliner Unternehmen zunächst nur zögerlich beigetreten. Und das, obwohl die einstige Reichshauptstadt als Zentrale der NS-Rüstungsindustrie eine Vorreiterrolle bei der Ausbeutung zwangsverpflichteter Arbeitskräfte gespielt hatte. Allein Siemens beschäftigte 50000 von ihnen. Doch da Berliner Großunternehmen ihre Zentralen nach 1945 in andere Städte verlegten, wurden hier mittelständische Familienbetriebe angesprochen. Ihnen fiel die Erinnerung schwer. Meist waren die Unterlagen in den Firmenarchiven längst weggeworfen und damit jede Spur des „Fremdarbeitereinsatzes“ getilgt worden.

Erst eine Ausstellungsreihe der Berliner Bezirksmuseen vor zwei Jahren machte die Allgegenwart des Verdrängten bewusst. Weit über 500000 Frauen, Männer und Jugendliche wurden in Berlin zwischen 1938 und 1945 zur Arbeit gepresst. Auf dem Höhepunkt der Kriegswirtschaft im Sommer 1944 schufteten 400000 Zwangsarbeiter – Angehörige von 20 Nationen, darunter Kriegsgefangene, jüdische und politische Häftlinge – in Berliner Rüstungsbetrieben, aber auch bei der Beseitigung von Bombenschäden.

Mehr als 1000 Lager verteilten sich über das Stadtgebiet: Zwangsarbeiter hausten nicht nur in Baracken, sondern in alten Kinosälen, Bootsschuppen oder in requirierten Wohnungen. Sie wurden werktags in Marschkolonnen zur Arbeit geführt, genossen – bis auf die besonders entwürdigend behandelten „Ostarbeiter“ – an Sonntagen die kleinen Freiheiten gemeinsamen Ausgangs. Zwangsarbeit war überall. Jeder konnte das wissen.

Nach Jahren, in denen sich die Berliner Erinnerungspolitik auf Großprojekte wie das Jüdische Museum oder das Denkmal für die ermordeten Juden Europas konzentriert hat, rücken wieder authentische Orte ins Blickfeld. Doch die Betroffenen, die auch nach ihrer Rückkehr stigmatisiert worden waren, sterben aus. Und wenn im nächsten Mai die Berliner Koordinierungsstelle zur Zwangsarbeiterentschädigung nach Auszahlung aller Anträge geschlossen wird, befürchten Aktivisten wie der Historiker Cord Pagenstecher und die Politologin Gisela Wenzel, dass dokumentarisch bedeutendes Material abgelegt und vergessen werden könnte – getreu den Verwaltungsvorschriften im Berliner Landesarchiv.

Wenzel und Pagenstecher bearbeiteten als Rechercheure Entschädigungsanträge. Darin stecken nicht nur Informationen, sondern ganze Lebensdramen, die mit den Hunderten von Briefen, Erinnerungsstücken und Fotos ehemaliger Zwangsarbeiter aus dem Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt echte Versöhnungsarbeit leisten könnten. Denn sie helfen uns, eine Geschichte zu verstehen, die noch lange nicht überwunden ist.

Informationen unter:

www.zwangsarbeit-in-berlin.de und www.berliner-geschichtswerkstatt.de